

Stadt Haan
Niederschrift über die
1. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 27.01.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:30

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Ernst Dörfler
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
AM Miriam Skroblies

SPD-Fraktion

AM Roman Eichler
AM Peter Küpper
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Juliane Eichler

FDP-Fraktion

AM Joachim Bohn
Stv. Klaus Straßburg

Vertretung für Stv. Philip Daniel
Vertretung für Stv. Patrick Sobbe

GAL-Fraktion

AM Silvia Ramsel
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

AM Elisabeth Cordts

Die Linke

AM Nelson Janßen

Vertretung für AM Philipp Greza

Verwaltung

Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Udo Thal

Schriftführer

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**1./ Bürgerantrag: Schaffung eines Integrations- und Kooperationsbeirats
Vorlage 10/002/2009
(Es ist beabsichtigt, bis zu drei Vortragende einzuladen. Eine weitere Information ergeht hierzu vor der Sitzung.)**

Protokoll:

Der Vorsitzende begrüßt die vortragenden Gäste, Frau Irene Claas von der Stadt Wülfrath, Herrn Karlheinz Rösnick von der Stadt Ratingen und die Herren Tobias Wobisch und Mohammed Assila von der Stadt Hilden.

Frau Irene Claas bedankt sich für die herzliche Begrüßung und die Möglichkeit, im Sozialausschuss der Stadt Haan über ihre Arbeit zu berichten. Sie gibt einen kleinen Überblick über Ihren Lebenslauf als Sozialpädagogin und ihrer Tätigkeit seit 1986 in der Integrationsarbeit bei der Stadt Wülfrath. In Wülfrath sei für diese Arbeit eigens eine Stabsstelle mit 19,5 Std./W. eingerichtet worden. In Wülfrath habe von 1986 bis 1992 ein Ausländerausschuss existiert, anschließend bis 2004 ein Ausländerbeirat. Im Ausländerbeirat seien 12 Mitglieder mit Migrationshintergrund vertreten gewesen, wegen der für diese Personen nicht immer nachvollziehbaren politischen Strukturen sowie einer nur beratenden Zuständigkeit habe nur geringe Möglichkeit für eine Einflussnahme bestanden. Seit 2004 existiere ein Integrationsforum. Es handele sich um ein offenes Gremium, paritätisch besetzt mit Menschen mit Migrationshintergrund und "Deutschen". Das Forum, dieses werde überwiegend von Frauen getragen, habe nicht die Kraft eines Ausschusses oder Beirates. Wesentliche Punkte der Integrationsarbeit seien Bildung der Erwachsenen und Kinder sowie weitgehende Aufklärung, z. B. in den Bereichen der Gesundheits- und Gewaltprävention sowie im Aufenthalts- und Arbeitsrecht. Kooperationspartner seien z. B. Migrantenvereine, Weiterbildungsträger, Schulen, Kindertagesstätten. Für Mitglieder von Gremien halte sie die Unterstützung durch eine intensive Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung sowie eine feste Anlaufstelle von besonderer Bedeutung. Wegen der sozialen Herkunft und der Erfahrung mit der deutschen Bürokratie sei ihnen vieles in Deutschland fremd und der Schulungsbedarf hoch. Wichtig für die Integrationsarbeit der Verwaltung seien besondere Empathie und das "Sich-Zeit-nehmen". Viele Migranten würden keine Termine vereinbaren, sondern oft spontan ihre Anliegen vorbringen. Die Stadt Wülfrath – von ihrer Größe vergleichbar mit der Stadt Haan – erachte trotz eines Haushaltssicherheitskonzeptes die Integrationsarbeit für wichtig.

Frau Stv. Lukat bedankt sich bei Frau Claas für die facettenreiche Vorstellung ihrer

Arbeit. Sie möchte wissen, ob die veranschlagten Sprechstunden in Anspruch genommen würden und ob jemand auch ohne ihre Qualifikation eine solche Arbeit durchführen könne.

Frau Claas berichtet, ihre Zeit, auch die der Sprechstunden, sei sehr ausgefüllt. Frauen und Männer kämen oft in Fragen des Aufenthaltsrechtes, Krisenintervention in den Familien oder um Fragen in den Kontakten mit Verwaltungen zu klären. Die Stundenzahl, in der sie tätig sei, gehe oft über die verfügbare halber Stelle hinaus. Die pädagogische Qualifikation sei wünschenswert, nicht zwingend.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, merkt an, Integration sei nicht nur eine Sache des Sozialausschusses. Er möchte wissen, ob es nicht auch Schnittstellen zu anderen Bereichen gäbe.

Frau Claas erklärt, dass es durchaus Schnittstellen gäbe, so z. B. zur Wirtschaftsförderung, dem Jugendamt, der Planung und dem Seniorenbeirat.

Frau AM Ramsel stellt fest, es habe eine intensive Vorarbeit in Wülfrath gegeben und fragt, welchen Schwerpunkt eine solche Vorarbeit haben müsse.

Frau Claas berichtet, es seien Kontakte zu den vorhandenen Vereinen, besonders muslimischen Vereinen, geknüpft und dort die Arbeit vorgestellt worden. Wülfrath habe gut funktionierende integrativ arbeitende Vereine. Über enge Kontakte mit der VHS seien Programme erarbeitet und angeboten worden. Es habe intensive Werbung, auch durch die Vereine, statt gefunden, diese sei durch kulturelle Angebote in der Stadt vertieft worden.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, dankt Frau Claas für den informativen Vortrag und bittet Herr Rösnick, seinen Vortrag zu halten.

Herr Rösnick stellt sich kurz vor und erklärt, die Ausführungen von Frau Claas könne er nur unterstützen.

Er gibt einen Überblick über die Entwicklung der Integrationsarbeit, die in Ratingen eine lange Geschichte habe. 1973 habe die Arbeit mit einer Betreuungsstelle für Gastarbeiter begonnen, mit seinen verschiedenen Weiterentwicklungen, so sei 1988 eine Stabsstelle auf Dezernentenebene eingerichtet worden, hieraus sei zunächst eine Abteilung und 2003 ein eigenes Amt entstanden. 2005 sei das Amt für Integration mit dem Amt für Soziales und Wohnungswesen zusammengelegt worden. 1981 habe es die erste Urwahl zu einem Ausländerbeirat gegeben. Vor Änderung der Gemeindeordnung sei bereits in 2004 mit Erlaubnis des Innenministers ein Integrationsrat gewählt worden.

Der gegenwärtige Integrationsbeirat bestehe aus insgesamt 18 Mitgliedern, zu 2/3 aus Migranten und zu 1/3 aus Ratsmitgliedern. Der Integrationsbeirat habe eine eigene Homepage zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Nach einem anfänglich großen Interesse im Zusammenhang mit der Kandidatur bzw. nach der Wahl sei bei vielen Mitgliedern Ernüchterung eingetreten, da die Arbeit der Verwaltung sehr ungewohnt sei und Vorkenntnisse fehlten. Eine gute Einarbeitung fehle oft, das Fortbildungsinteresse sei leider oftmals gering. Gegen Ende dieser Wahlperiode sei eine Beschlussfähigkeit des Integrationsrates nicht mehr gegeben gewesen.

Er zieht das Fazit, dass es wichtig sei, Zuwanderer in die Gesellschaft zu integrieren,

um keine Parallelgesellschaft entstehen zu lassen. Integration sei auch wichtig, um die sozialen Systeme zu sichern. Gerade im Rahmen der demografischen Entwicklung in Deutschland sei zu beachten, dass Ausländerfamilien bzw. Familien mit Migrationshintergrund meistens mehr Kinder hätten, als andere Familien.

Ebenso sei Integration wichtig zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes, das Arbeitspotential von Migranten solle aktiv genutzt werden. Eine politische Integration sei wichtig für die Migrationsgruppen, die in Deutschland das Wahlrecht nicht ausüben könnten. Ein Integrationsrat könne alle - auch kleine - Migrationsgruppen erreichen. Er könne für Transparenz von Politik und Verwaltung auch in diesen Zielgruppen erreichen. Es bestehe für einen Integrationsrat ein hoher Beratungsbedarf. Er sollte einen eigenen Etat zugebilligt bekommen.

Er stellt die politische Argumentation für den Seniorenbeirat der Stadt Haan auch auf Menschen mit Migrationshintergrund ab.

Frau Stv. Lukat fragt, wie hoch zuletzt die Wahlbeteiligung für den Integrationsrat in Ratingen und ob nur bestimmte Gruppen beteiligt gewesen seien.

Herr Rösnick führt aus, das Interesse sei eher gering gewesen und habe bei rd. 15% gelegen, jetzt werde eine Beteiligung von 20% angestrebt.

Frau Stv. Lukat fragt nach, wie viele Ausländervereine in Ratingen aktiv seien. Des weiteren bittet sie um Auskunft über die Anzahl der Stellen für Integrationsarbeit in der Verwaltung.

Herr Rösnick erklärt, es gäbe in Ratingen 19 entsprechende eingetragene Vereine, die auch regelmäßig in der Öffentlichkeit für ihre Arbeit werben würden. In Ratingen seien 3 Stellen für Integrationsarbeit eingerichtet worden, einen Integrationsbeauftragten, einen Stellvertreter und eine Verwaltungskraft. Derzeit werde ein Integrationskonzept entwickelt, hierin solle eine stärkere Verbindung zu anderen Verwaltungsbereichen, wie z.B. das Jugendamt und die Wirtschaftsförderung, hergestellt werden.

Frau Stv. Altmann bittet um Auskunft zur Höhe des Etats für Integrationsarbeit.

Herr Rösnick beziffert den zur freien Verfügung stehenden Etat für die der Arbeit auf 2.000 € jährlich.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, dankt Herrn Rösnick für den informativen Vortrag und bittet die Herren Tobias Wobisch und Mohammed Assila um ihren Vortrag.

Herr Wobisch stellt sich und anschließend eine Präsentation der Stadt Hilden über die Integrationsarbeit vor.

In Hilden hätten rd. 20% der Einwohner einen Migrationshintergrund. In 2005 sei ein Strategiepapier entwickelt worden unter dem Namen „Integration ist machbar“.

Es sei ein Integrationsbüro eingerichtet worden, in dem 3 Personen tätig seien. Das Sach-Budget umfasse 20.000 € jährlich.

Schwerpunkte der Arbeit seien:

- Sprachförderung für Kinder und Erwachsene bis zu den Senioren, auch muttersprachlicher Unterricht.
- Stadtteilorientierte Förderung der Integration

-
- Integrationsförderung im Sport
 - Interkulturelle Seniorenarbeit
 - Kulturelle Veranstaltungen, z.B. „Fest der Völker“.
 - Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat und den Migrantenvereinen
 - Politische Partizipation

In Hilden existiere seit 2004 ein Integrationsbeirat, der den langjährig existierenden Ausländerbeirat abgelöst habe. Die Geschäftsführung liege beim Amt für Soziales und Integration. Verwaltungsintern kooperiere dieser Bereich besonders mit dem Amt für Jugend, Schule und Sport sowie mit dem Kulturamt.

Bezüglich der weiteren Ausführungen stellt sich Herr Wobisch hinter die Ausführungen der Vorrednerin und des Vorredners.

Frau Stv. Lukat fragt, ob es neben dem genannten Budget weitere Haushaltspositionen gäbe und wie hoch der Gesamtaufwand für die Integrationsarbeit sei..

Herr Wobisch führt aus, aufgrund des konzeptionellen Maßnahmenkatalogs erfolge eine Förderung von rd. 20 Maßnahmen jährlich. Darüber hinaus stehe ein Betrag von 2.000 € zur Verfügung, dieser werde zur Unterstützung von den 8 in Hilden tätigen Migranten-Vereinen genutzt; über die Verwendung entscheide der Beirat.

Frau Stv. Lukat hält fest, die Stadt Hilden setze für diese Aufgabe einschließlich Personalkosten einen Gesamtetat von mehr als 50.000 € ein.

Herr Assila stellt sich vor und berichtet aus seine Arbeit und Erfahrungen.

Er sei zunächst als Lehrer für Islamkunde tätig gewesen und über ehrenamtliche Arbeit für die Stadt zu einem städtischen Mitarbeiter geworden. Er sehe sich als Bindeglied und Vermittler zu Migranten und fungiere als Dolmetscher sowie interkultureller Berater. Er biete einmal wöchentlich auch Sprechstunden im Jugendamt an.

Im Rahmen der Integrationsarbeit sei es wichtig, Identifikation zu vermitteln und Migranten in die Arbeit von Verwaltung und Politik mit einzubeziehen. Durch die Einrichtung eines Integrationsrates gäbe man einen Interessenimpuls an die Migranten. Er wisse aus eigener Erfahrung, was dies als Anerkennung bedeute. Integration umdasse alle Lebensbereiche, diese Arbeit müsse altersmäßig möglichst früh, z. B. im Kindergarten, beginnen. Es sei wichtig, einen Dialog auf Augenhöhe zu führen und zu fragen, wie Integration zusammen mit den Migranten gestaltet werden könne. Allerdings sei Integration keine Einbahnstrasse, neben Rechten bestünden auch Pflichten. Außer in Hilden sei er im Kreis auch in Erkrath tätig.

Frau Stv. Lukat hinterfragt, da seitens Herr Assila hauptsächlich von Arbeit mit bzw. in muslimischen Vereinen gesprochen werde, ob denn auch Bevölkerungsgruppen wie z.B. Griechen oder Portugiesen angesprochen und erreicht worden seien.

Herr Assila erläutert, es existierten 3 Moscheen in Hilden. Er sehe die Integration der muslimischen Menschen schon als seinen Schwerpunkt, da er selbst den entsprechenden Hintergrund habe. Schwerpunkt auch, um gerade bei dieser Bevölkerungsgruppe Extremität vorzubeugen. Er gehe aber auch in Kirchen und Synagogen. Die Arbeit unter religiösen Vorzeichen sei aber nur ein Aspekt.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, fragt, ob er den Ausführungen von Herrn Assila

entnehme könne, dass dieser außer in Hilden und Erkrath auch für den Kreis tätig sei.

Herr Assila verneint die Frage zur Tätigkeit für den Kreis.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, weist darauf hin, dass möglicherweise auch die Stadt Haan von den Erfahrungen und dem Fachwissen von Herrn Assila profitieren könne. Die Stadt Haan werde demografische Probleme zu lösen haben, viele Kinder mit Migrationshintergrund hätten auch hier Schwierigkeiten mit ihren Schulabschlüssen.

Frau Stv. Lukat bittet um Auskunft über die Höhe der Wahlbeteiligung zum Integrationsbeirat in Hilden.

Herr Wobisch berichtet, die Wahlbeteiligung habe bei etwa 10 % gelegen. und ergänzt, die Gewichtung der Wahlbeteiligung dürfe nicht zu hoch gehängt werden. Für die EU-Bürger spielt das Gremium des Integrationsrates keine große Rolle mehr. Viele Migranten seien Nachkommen aus sog. „Gastarbeiterfamilien“. Des Weiteren solle man sich bewusst sein, dass das Interesse an der Politik und entsprechend die Wahlbeteiligung generell in der Bevölkerung zurück gehe. Er sei davon überzeugt, das Gremium des Integrationsrates werde an Wichtigkeit zunehmen.

Frau Stv. Lukat merkt kritisch an, die Anliegen von Migranten seien in Haan nicht festgestellt oder bekannt, unter Umständen werde von sachfremden Erwägungen ausgegangen.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, betont, Integration sei keine Einbahnstraße. Nach dem Eindruck aus den anderen Städten ergäbe sich ein positives Bild dieser Arbeit. In Haan mache man sich gerade erst auf den Weg.

Herr Wobisch erläutert, in Hilden existiere seit langer Zeit ein intaktes ausländisches Vereinswesen. Bereits 1984 habe es einen Ausländerausschuss gegeben, der sich hauptsächlich aus in Vereinen organisierten Migranten zusammensetzte. Diese Arbeit sei durch enge Kontakte zu den Vereinen kontinuierlich gewachsen.

Herr Assila ermutigt dazu, den Weg zu gehen. So könnte z.B. eine Integrationskonferenz einberufen werden, um darüber Kontakte zu knüpfen und zu ermitteln „wo der Schuh drückt“.

Herr Rösnick meint, der Start sei die Triebfeder. Wichtig sei, Ansprechpartner unter den Migranten zu finden. Ebenso wichtig sei es, feste Ansprechpartner für Migranten zu installieren, die engagiert persönliche Kontakte suchen. Schriftliche Einladungen kämen oftmals im Bewusstsein nicht an. Wenn der persönliche Dialog aufgegriffen werde, entstehe hierdurch oft eine Eigendynamik und Vertrauen. Aufgrund des intakten Vereinslebens und des alle zwei Jahre stattfindenden Festes der Völker stünden in Hilden immer Ansprechpartner bereit.

Frau Stv. Lukat erklärt, sie wüsste nicht, dass es einen Kulturverein oder anderen rechtsfähigen Migranten-Verein in Haan gäbe und möchte dies als Frage an die Verwaltung weiterreichen. Sportvereine hielten ihres Wissens Integrationsarbeit nicht

bewusst nach. Eine Integration finde hier einfach statt. Dort gäbe es auch keine Ansprechpartner. Aus ihrer Sicht könne Haan und Hilden nicht miteinander verglichen werden.

Frau Bgo. Formella bestätigt, dass in Haan keinen Kulturverein oder vergleichbares gäbe. Jedoch werde in Haan-Ost bereits gute integrative Arbeit geleistet. Allerdings bestehe ein Konflikt zwischen dem Interesse der Stadt, die Integrationsarbeit zu fördern und der gegenwärtigen Finanzsituation. Trotzdem sei eine Förderung wünschenswert. Es stelle sich die Frage, was könne dennoch gemacht werden.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, berichtet, nach seinen Erfahrungen werde in den Sportvereinen sehr wohl die Integrationsarbeit nachgehalten. Aus diesen Erfahrungen sei z. B. zu entnehmen, dass eine Integration älterer Bevölkerungsgruppen nur schlecht bis gar nicht gelänge.

Er merkt an, bei der Leitbild-Diskussion seien viele Personen mit Migrationshintergrund beteiligt gewesen. Dies ermutige dazu, an der Integrationsarbeit dran zu bleiben und an dem Thema weiterzuarbeiten.

Er schlage vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erneut, dann möglichst mit Empfehlung an den Rat, zu beraten.

Frau Stv. Lukat spricht sich dafür aus, Herrn Sahler zur nächsten Sitzung einzuladen.

Beide Vorschläge werden einvernehmlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

ohne

2./ Vorstellung des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan, Herr Peter Kuhn

Protokoll:

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, begrüßt den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan und erteilt ihm das Wort.

Herr Kuhn bedankt sich für die Einladung zur heutigen Sitzung und bei der Verwaltung für die bisherige Unterstützung. Er stellt sich mit persönlichen Daten kurz vor. Er berichtet, derzeit sei er dabei, in Gesprächen mit Personen mit Behinderungen, Vereinen und Verbänden sowie der Verwaltung, die besondere Fragestellung seiner Arbeit sowie die Anliegen und Problemstellungen der Menschen mit Behinderung hier vor Ort zu erfassen und aufzugreifen.

Seine künftige Tätigkeit wolle er in drei Bereiche gliedern:

Beratung:

Er biete Beratung und Sprechstunden an, um persönliche Fragen der Betroffenen zu klären, z.B. zu Nachteilsausgleiche, KFZ-Angelegenheiten, zum barrierefreien Wohnen, zu Problemstellungen im Zusammenhang mit Arbeit, GEZ etc.

Arbeitgeber:

Er wolle gezielt Arbeitgeber ansprechen und auch aufsuchen, insbesondere "kleinere" Arbeitgeber, um sie zu ermutigen, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Er werde die entsprechenden Fördermöglichkeiten aufzeigen.

3. Kooperationen:

Er strebe eine enge Zusammenarbeit an mit Vereinen und Verbänden, mit dem Seniorenbeirat und anderen Gremien, wolle Kontakte knüpfen und Situationen orten.

Er führt aus, dass ihm bewusst sei, die Arbeit nur mit Unterstützung auch durch die Verwaltung erledigen zu können, hier sei eine entsprechende Ressource erforderlich.

Frau Stv. Lukat lobt das erkennbare starke Engagement von Herr Kuhn und das strukturierte Arbeitsprogramm. Sie bitte um Auskunft, wie die Unterstützung seiner Arbeit durch das Baudezernat aussehe. Z. B. vermisse sie bei der Einrichtung der neuen Ampelanlagen die Signalgeber für Behinderte.

Herr Kuhn erläutert, dieses Defizit habe auch er festgestellt. Seitens des Baudezernates sei er bisher einmal im Rahmen einer Maßnahmenplanung kontaktiert worden. Er gehe davon aus, dass Kontakte intensiviert würden.

Frau Bgo. Formella merkt an, an Schnittstellen wie dem Baudezernat werde Herrn Kuhn als Ansprechpartner benannt, eine Unterstützung seitens der Verwaltung werde gewährleistet.

Herr AM Küpper merkt an, ihm sei wichtig, dass Barrierefreiheit nicht nur auf der Straße gewährleistet werde, darüber hinaus bestehe weiterer Bedarf. Wünschenswert sei ein Behindertenratgeber, hierüber könnten Anstöße gegeben werden, ebenso seien dann verbesserungswürdige Dinge zu erkennen.

Herr Kuhn berichtet, er habe Termine mit seinem Vorgänger sowie mit dem Vorsitzenden des Vereins "Freundeskreis Behinderter und Nichtbehinderter Haan e.V." vereinbart, um Informationen auszutauschen, Problemlagen zu diskutieren und Bedarfe zu ermitteln.

Frau Stv. Lukat erklärt, aus alten Vorgängen kenne sie den Ratgeber des Landesbehindertenbeauftragten „Mobile“, dort werde u. a. empfohlen, sich in die Rolle eines Rollstuhlfahrers zu versetzen. Sie betrachte dies als eine gute Anregung auch für die Verwaltung.

Herr Stv. Mentrop gibt zu bedenken, eine Behinderung hieße nicht nur im Rollstuhl zu sitzen; es gäbe viele Arten von Behinderungen. Er danke Herrn Kuhn ausdrücklich, dass er sich mit der Vielfalt der Einschränkungen auseinandersetzen und darum kümmern wolle.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke stellt heraus, der Behindertenbeauftragte könne immer mit Anliegen zum Sozialausschuss kommen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

ohne

3./ Vorstellung des Vorsitzenden des Seniorenbeirats der Stadt Haan, Herr Dr. Friedhelm Reisewitz

Protokoll:

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, begrüßt den Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Reisewitz, und den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Sattler, und erteilt ihnen das Wort.

Herr Reisewitz und **Herr Sattler** stellen sich kurz vor und danken für die Einladung. **Herr Reisewitz** führt aus, er sei nun seit einem Monat im Amt, in mehreren informellen Sitzungen des Seniorenbeirates sei bereits ein Programm erarbeitet worden. Er stellt dar, dass die Mitglieder eine breite Bandbreite von beruflichen Qualifikationen abdecken und dies positiv in die Arbeit einfließe.

Das geplante Programm des Seniorenbeirates wird als Präsentation vorgestellt (siehe Anlage).

Der Seniorenbeirat habe zum Ziel, eine Verbesserung der Lebensqualität und Erhöhung der Attraktivität in Haan für Senioren zu erreichen, dafür sei er persönlich angetreten und werde er „kämpfen“. Formelle Frage seien noch zu klären, z. B. Haftungsfragen beim Tätigwerden, der Seniorenbeirat gäbe sich quasi selbst Aufträge, sowie im Zusammenhang mit Dienstfahrten. Darüber hinaus seien auch noch organisatorische Fragen zu klären, u. a. fehlten ein Geschäftszimmer, dass auch für Sprechstunden genutzt werden könne, die technische Ausstattung, ein Ansprechpartner in der Verwaltung sowie ein eigenes Budget.

Frau Bgo. Formella greift das Stichwort „kämpfen“ auf und erläutert, es werde gekämpft, etwas tun zu dürfen, aber nach bisheriger Lesart dürfe dies nichts kosten. Es müsse eine gute Basis für die Arbeit geschaffen werden. Wichtig dafür sei, mit welcher Haltung die Arbeit getragen werde. Hierzu gehöre, dass die Fraktionen die Bedarfe des Beirats erkennen und unterstützen. Die Stadtteilkonferenz in Haan-Ost müsse auch unter dem Aspekt der Seniorenarbeit fortgesetzt werden, hierüber könne eine Brücke zur Arbeit des Flemingtreffs geschlagen werden.

Der Kampf um die in 2009 gesperrte „1/3-Stelle“ werde von ihrer Seite aus geführt. Für den Seniorenbeirat müsse ein Budget in den Etat eingesetzt werden. Des weiteren bestehe Bedarf für eine Geschäftsstelle. Ein entsprechender Raum, z. B. in der bisherigen Cafeteria des Hallenbades, könne evtl. mit den Heimatfreunden geteilt werden, die ebenfalls Bedarf hätten.

Herr Reisewitz äußert, Wunsch sei eine Rampe für den barrierefreien Zugang zum Hallenbad. Dies erhalte zusätzliche Bedeutung, falls dort ein Raum als Anlaufstelle für Behinderte dienen solle.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke unterstreicht, der Seniorenbeirat könne, auch in finanziellen Fragen, „eine breite Brust“ haben. Er sei als demokratische Institution an die Seite des Rates gewählt.

Herr Reisewitz ergänzt, die Wahlbeteiligung für den Seniorenbeirat habe über 50% betragen.

Frau Stv. Lukat erklärt, Budgetfragen für den Seniorenbeirat seien im HFA bzw. Rat zu regeln. Sie rege an, dass für eine Argumentation des Budgets dieses plausibel offen gemacht werde.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke betont, der Seniorenbeirat sei kein Bittsteller. Dies sei für den Rat und die Verwaltungsspitze wichtig klarzustellen.

Frau Stv. Lukat verwehrt sich gegen die Order des Bürgermeisters, keine Kosten, also auch nicht für einen Flyer, zu übernehmen. Es sei ein Recht des Seniorenbeirats, über ein entsprechendes Budget zu verfügen.

Frau Bgo. Formella erläutert, die Erstellung eines Flyers könne hausintern erfolgen, dies reduziere die Kosten deutlich. Das vom Seniorenbeirat dargestellte Budget sei deshalb so hoch, da dieser eine Grund- bzw. Startausstattung benötige, der Betrag reduziere sich also in den Folgejahren.

Herr Sattler bemängelt die unklare bzw. unregelmäßige Zusammenarbeit mit der Verwaltung und Politik, beispielhaft führt er das bereits angesprochene Thema "Ampelanlagen" an. Für ihn unklar seien Zuständigkeiten und Beteiligungen. Er bitte um zukünftige gute Zusammenarbeit und eine stärkere Einbindung des Seniorenbeirates, auch z. B. hinsichtlich des ÖPNV.

Frau Bgo. Formella bietet an, ein Termin mit dem Leiter der VHS könne vereinbart werden. In einer Zusammenarbeit mit der VHS könne das Anforderungsprofil an die Seniorenarbeit besser definiert und verstärkt werden.

Der Sozialausschuss empfiehlt einstimmig dem HFA und Rat, für eine angemessene Ausstattung des Seniorenbeirates zu sorgen.

4./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Herr AM Küpper fragt unter Bezug auf seine Anfrage in der letzten Sitzung des Sozialausschusses zur Barrierefreiheit, wie es sein könne, dass dem Verwaltungsvorstand der von ihm geschilderte Vorgang, wie in der Niederschrift dargestellt, unbekannt sei. Die an einen städt. Mitarbeiter gerichtete Anfrage eines Gruitener Geschäftsmannes sei unter Zeugen erfolgt. Er bitte erneut um Überprüfung.

Die Verwaltung sagt nochmalige Prüfung zu.

5./ Mitteilungen

Protokoll:

Herr StOVR Thal teilt mit, der Investor, der ein öffentlich gefördertes Gebäude an der Kurze Str. errichte habe, biete eine Besichtigungsmöglichkeit vor Bezug des Objekts an.

Vereinbart wird, dass die Verwaltung einen Termin mit dem Investor abstimmt und diesen den Ausschussmitgliedern sowie den Fraktionen anreicht.

Frau Bgo. Formella berichtet, wegen der Erkrankung des Leiters des Finanzmanagements könne der Haushalt am 23.02.10 nicht eingebracht werden. In Aussicht stehe der 27.04.2010, am 08.06.2010 werde eine zusätzliche Sitzung des Rates nötig sein, es werde ein neuer Zeitplan erstellt.